

Neue Entscheidung zum Thema Retrozessionen - OGH verneint Verjährung von Zinsen wegen Verletzung des europarechtlichen Effektivitätsgrundsatzes

Vaduz, 22.03.2024

Gemäss einer wegweisenden und in vielerlei Hinsicht bemerkenswerten neuen Entscheidung des OGH haben Kunden liechtensteinischer Banken, denen Zuwendungen vorenthalten wurden, nicht nur das Recht, die von den Banken vereinnahmten Zuwendungen einzufordern, sondern auch einen Anspruch auf gesetzliche Zinsen von 5% auf diese Beträge für den gesamten Zeitraum der Vorenthaltung. Die neue Rechtsprechung stellt indirekt auch die Gesetzesänderung zur Verjährung von Ansprüchen im Zusammenhang mit Zuwendungen in Frage, die vom Landtag zum Schutz von Banken und Vermögensverwaltern im Jahr 2022 verabschiedet wurde.

Hintergrund der Entscheidung des OGH war eine Stufenklage, mit der ein Bankkunde von einer liechtensteinischen Grossbank die Offenlegung und Herausgabe sämtlicher einbehaltenen Zuwendungen (Retrozessionen, Provisionen, Bestandpflegeprovisionen, kick-backs, finder's fees, Vertriebsentschädigungen, Rabatte, Disagios, Naturalleistungen, etc.) forderte. Nachdem der Kläger mit dem ersten Teil der Stufenklage betreffend Auskunft über die Zuwendungen über alle Instanzen obsiegte, bezifferte er das Klagebegehren im Umfang der von der Grossbank offengelegten Zuwendungen samt Zinsen ab dem jeweiligen Ende des Geschäftsjahrs, zu dem die Bank die Zuwendungen vereinnahmte. Das Erstgericht entschied zugunsten des Klägers und ordnete die vollständige Herausgabe der geforderten Beträge an. Daraufhin legte die beklagte Grossbank Berufung beim Fürstlichen Obergericht ein. Das Fürstliche Obergericht bestätigte sodann den Anspruch auf Herausgabe, gewährte jedoch nur Zinsen ab dem Zeitpunkt der Zustellung der Stufenklage an die beklagte Grossbank, weil die Zinsen erst zu diesem Zeitpunkt eingemahnt worden seien. Beide Parteien legten gegen dieses Urteil Revision ein, wobei die beklagte Grossbank diese später wieder zurückzog und somit das Urteil des Fürstlichen Obergerichts akzeptierte. Der Kläger forderte mit seiner Revision die Wiederherstellung der erstinstanzlichen Entscheidung.

Der OGH entschied sodann zugunsten des Klägers. Er widersprach sowohl der Ansicht des Fürstlichen Obergerichts, dass der Zinslauf erst nach Einmahnung beginne, als auch dem von der beklagten Grossbank erhobenen Einwand der Verjährung der Zinsen.

Unter Berufung auf Judikatur des EuGH leitete der OGH den allgemeinen Grundsatz ab, dass bei Verstössen gegen Unionsrecht nicht nur Anspruch auf Rückforderung rechtsgrundlos entrichteter Beträge bestehe, sondern auch auf Zahlung von Zinsen – und zwar für den gesamten Zeitraum der Vorenthaltung. Die Zinszahlungsmodalitäten dürften gemäss Rechtsprechung des EuGH nicht dazu führen, dass dem Betroffenen eine angemessene Entschädigung für die erlittenen Einbussen vorenthalten werde. Dies sei Ausfluss des europarechtlich verankerten Effektivitäts- und Äquivalenzgrundsatzes.

Die Rechtsprechung zum Anspruch auf Rückforderung rechtsgrundlos entrichteter Beträge sei vergleichbar mit dem Anspruch auf Herausgabe von Zuwendungen, der ebenfalls im EWR-Recht gründe. Daher habe der Kläger jedenfalls Anspruch auf Zinsen für den gesamten Zeitraum der Vorenthaltung. Diese Schlussfolgerung stehe auch in Einklang mit nationalem Recht, da § 1000 ABGB als Pauschalierung des gewöhnlichen Nutzungsentgelts für Geld zu verstehen sei, der schon für den Zeitraum vor der Klagszustellung gebühre. Eine Einmahnung der Zinsen durch den Kläger sei daher nicht erforderlich gewesen (mVa 4 Ob 149/06z).

Der OGH verwarf sodann auch den Einwand der Verjährung der Zinsen, dies wiederum mit Verweis auf den Effektivitätsgrundsatz. Aufgrund der Komplexität des Rechtsfalls und der Abhängigkeit des Klägers von der Offenlegung der Zuwendungen durch die beklagte Grossbank würde der Kläger durch die Festlegung einer Verjährungsfrist von beispielsweise drei, fünf oder zehn Jahren in seinem Recht auf

angemessene Entschädigung beeinträchtigt. Der Anspruch des Klägers auf Zinsen verjähre daher, gleich wie der Herausgabeanspruch, erst nach 30 Jahren.

Die Entscheidung des OGH dürfte weitreichende Konsequenzen für den Finanzplatz Liechtenstein haben. Die Forderung des OGH nach einer angemessenen und effektiven Entschädigung von Kunden, denen Zuwendungen vorenthalten wurden, steht in einem Spannungsverhältnis zur vom Landtag im Jahr 2022 verabschiedete Gesetzesänderung betreffend Zuwendungen.

Damals hatte der Landtag die Verjährung von Auskunfts- und Herausgabeansprüchen betreffend Zuwendungen gegen einen der FMA unterstellten Finanzintermediär auf drei Jahre ab Kenntnis von den Zuwendungen (relative Frist) und zehn Jahre ab Geschäftsbesorgung (absolute Frist) beschränkt. Ausweislich der Übergangsbestimmung gilt die neue Regelung seit dem 1. Juni 2023 auch rückwirkend für vergangene Sachverhalte. Zuvor betrug die Verjährungsfrist noch 30 Jahre. In den Gesetzesmaterialien zur Neuregelung hielt die Regierung zudem fest, dass die relative dreijährige Verjährungsfrist bereits zu jenem Zeitpunkt zu laufen beginne, in dem der Kunde Kenntnis davon habe, dass der Finanzintermediär Zuwendungen erhalten könnte.

Aus der neuen OGH-Entscheidung ist abzuleiten, dass der OGH einer derartigen Interpretation wie von der Regierung in den Gesetzesmaterialien vertreten, nicht folgen wird. Sie widerspricht dem europarechtlichen Effektivitätsgrundsatz. Auch die absolute 10-jährige Verjährungsfrist wird in dieser Allgemeinheit nicht haltbar sein, wenn dem Kunden vom Finanzintermediär die Zuwendungen nicht offengelegt wurden, was in der Liechtensteinischen Praxis bis zur Einführung von MiFID II im Jahr 2018 der Regelfall war.

Zusammengefasst bedeutet das: Die neue Rechtsprechung stärkt die Rechte der Kunden des liechtensteinischen Finanzplatzes und sanktioniert das Verhalten der Finanzdienstleister, die teilweise über Jahrzehnte unrechtmässig Zuwendungen hinter dem Rücken ihrer Kunden vereinnahmten. Kunden, denen die Zuwendungen von ihrer Bank oder ihrem Vermögensverwalter nie offengelegt wurden, dürfen sich mangels Kenntnis der Zuwendungen berechnete Hoffnungen darauf machen, dass sie trotz der Gesetzesänderung des Landtags aus dem Jahr 2022 weiterhin einen Anspruch auf Herausgabe der Zuwendungen für die letzten 30 Jahre haben. Zusätzlich steht ihnen ein Zinsanspruch von 5% für den gesamten Zeitraum der Vorenthaltung der Zuwendungen zu.

Bei Fragen zum Thema steht Ihnen RA Martin Hermann gerne zur Verfügung.

Schwärzler Rechtsanwälte

MMag. Martin Hermann, LL.M.



New Ruling on Retrocessions - The Supreme Court rejects statute of limitations for interests due to violation of the European principle of effectiveness

Vaduz, 22.03.2024

In a groundbreaking new ruling, the Supreme Court of Liechtenstein found that customers of Liechtenstein banks not only have the right to reclaim inducements withheld by the banks but also qualify for statutory interest of 5% on these sums for the entire duration of withholding. This significant new decision also calls into question the legislative amendment regarding the statute of limitations on inducement-related claims, which was introduced by Parliament in 2022 to protect banks and asset managers.

The Supreme Court's decision was rooted in a step-action lawsuit initiated by a customer of a major Liechtenstein bank, seeking full disclosure and reimbursement of all withheld inducements (including retrocessions, commissions, maintenance fees, kickbacks, finder's fees, distribution compensations, discounts, natural benefits etc). After prevailing through all instances with the first part of the lawsuit concerning disclosure of inducements, the plaintiff quantified the claim in the amount disclosed by the bank, including interest accruing from the end of each fiscal year when the bank received these payments. The court of first instance ruled in favor of the plaintiff, ordering the full restitution of the requested amounts. Following this, the defendant bank filed a complaint with the Court of Appeal. While the Court of Appeal upheld the restitution claim, it granted interest solely from the date the defendant was notified about the claims of the plaintiff. Both parties challenged this decision, yet the defendant bank subsequently withdrew its appeal, effectively acknowledging the Court of Appeal's ruling. The plaintiff demanded the reinstatement of the decision of the court of first instance.

The Supreme Court then ruled in favor of the plaintiff, refuting both the Court of Appeal's stance that interest accrues only after notification and the defendant bank's objection regarding statute of limitation. Drawing on the case law of the European Court of Justice (ECJ), the Supreme Court derived the general principle that in cases involving breaches of EU law, there is not only a right to reclaim unlawfully paid amounts but also a right to interest – covering the entire period of withholding. As per the EJC, interest payment terms must not deprive the affected party of fair compensation for their losses since this would infringe on European principles of effectiveness and equivalence.

The Supreme Court held that this case law by the EJC is comparable to the claim for restitution of inducements, which also has its basis in European law. Therefore, the Supreme Court found that the plaintiff has a right to interest for the entire period of withholding. The Supreme Court further stated that this conclusion is consistent with national law, where § 1000 ABGB provides that that statutory interest on borrowed money is accrued and due even for the period preceding the notification of defendant. Thus, the Supreme Court saw no need for a separate notification of the bank regarding interests (4 Ob 149/06z).

The Supreme Court then also rejected the objection of statute of limitations, once again invoking the principle of effectiveness. Given the intricate nature of the case and the plaintiff's reliance on the defendant bank's disclosure of inducements, imposing a time limit for interest expiry, such as three, five, or ten years, would, in the opinion of the Supreme Court, undermine the plaintiff's right to fair compensation. Therefore, the Supreme Court found that the plaintiff's claim for interest, like the claim for restitution, expires only after a period of 30 years.

The decision of the Supreme Court is expected to have significant implications for the Liechtenstein financial sector. Its call for fair and effective compensation for customers deprived of inducements necessitates a critical re-examination of the legislative amendments concerning inducements introduced by the Parliament in 2022.

Back then, the Parliament limited the statute of limitations regarding requests for information and restitution of inducements against a financial intermediary under the supervision of the Financial Market Authority (FMA) to three years from the date of discovering the payments (relative term) and ten years from the provision of services (absolute term).

As per the transitional provision, this new regulation also applies retroactively from June 1, 2023. Previously, the statute of limitations was set at 30 years. In the legislative materials for the new regulation, the government also stated that the relative three-year term would begin to run when the customer becomes aware that the financial intermediary "may receive" inducements.

Based on the new Supreme Court ruling, it is to be assumed that the Court will not follow the interpretation outlined in the legislative materials since it conflicts with the European principle of effectiveness (effet utile). Moreover, the absolute ten-year statute of limitations will not be sustainable in cases where the financial intermediary failed to disclose the payments to the customer, which was the norm in Liechtenstein until the introduction of MiFID II in 2018.

In summary, therefore, the new case law significantly strengthens the rights of customers in the Liechtenstein financial sector and sanctions the conduct of financial service providers who unlawfully withheld payments from their customers (sometimes) for decades. Customers whose banks or asset managers never disclosed the inducements to them may expect, due to their lack of knowledge regarding the inducements, that despite the legislative changes by the Parliament in 2022, they still have a claim for restitution of the inducements for the past 30 years. Additionally, they are entitled to a 5% interest rate for the entire duration of withholding.

If you have any questions on this matter, please contact our attorney Martin Hermann.

Schwärzler Attorneys at Law

MMag. Martin Hermann, LL.M.

